



Zweite Verhandlungsrunde ohne Angebot

Potsdam. Ohne ein konkretes Angebot der Arbeitgeber sind am Montag, 26. Januar 2009, in Potsdam die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder fortgesetzt worden.

Der niedersächsische Finanzminister Hartmut Möllring (CDU) hielt es für „verfrüht“, ein Angebot zu unterbreiten. Zu der Forderung der Gewerkschaften nach acht Prozent mehr Entgelt meinte der Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) „Sie ist nicht bezahlbar und daher nicht verhandelbar“.

Ver.di, Gewerkschaft der Polizei (GdP) und Gewerkschaft Erziehung Wissenschaft (GEW) sowie der dbb/tarifunion erklärten, es sei nicht das Wichtigste, ob die Arbeitgeber ein Angebot vorlegten. Es zähle mehr, was real am Verhandlungstisch passiere. Streiks würden nicht angekündigt, bevor nicht klar sei, ob sie tatsächlich gebraucht würden.

Verhandlungsführung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in der zweiten Verhandlungsrunde:

- Kein Angebot
- Forderung nicht bezahlbar
- Forderung nicht verhandelbar

Dritte Runde Mitte Februar:
Die Gewerkschaften fordern für die 700.000 Beschäftigten der Bundesländer acht Prozent mehr Entgelt in den nächsten zwölf Monaten, für untere Einkommensgruppen aber mindestens 200 Euro!

Allerdings sei man auf Aktionen, Demonstrationen und Warnstreiks in den kommenden drei Wochen durchaus gut vorbereitet, so der GdP - Bundesvorsitzende Konrad Freiberg.

Der Arbeitgeberverband der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), zu dem alle Bundesländer außer Hessen und Berlin gehören, lehnte bisher alle inhaltlichen Diskussionen zu den geforderten Einkommenserhöhungen ab. Ein Abschluss in der Einkommensrunde mit den Ländern hätte auch Auswirkungen auf mehr als eine Millionen Beamte der Länder, deren Besoldung sich daran orientiert.

Die Verhandlungspartner haben die nächste Verhandlung für den 14./15. Februar in Potsdam vereinbart:

„Somit besteht noch eine Chance für die Arbeitgeber, die laufende Tarifrunde ohne Arbeitskämpfe im öffentlichen Dienst zu überstehen“, so Kerstin Philipp, stellvertretende Bundesvorsitzende der GdP und im Geschäftsführenden Bundesvorstand zuständig für Tarifpolitik.